

Mitteilungen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **76 (1979)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

ches kantonales Verbot solcher Lotterieveranstaltungen hätte daher beim Bundesgericht nicht unter Berufung auf Artikel 4 oder 31 der Bundesverfassung angefochten werden können.

Das Bundesgericht vermochte lediglich zu prüfen, ob das Mittel, mit dem der Regierungsrat den bundesgesetzlich gedeckten Zweck verfolgte, zum Erreichen dieses Zweckes tauglich und verhältnismässig sei und ob die hiezu aufgestellte Verordnungsvorschrift dem Grundsatz der Rechtsgleichheit wie dem Willkürverbote standhalte, die beide aus Artikel 4 der Bundesverfassung hervorgehen. Das aargauische Verwaltungsgericht, das sich vor dem Bundesgericht mit dem Falle zu befassen hatte, hatte hervorgehoben, dass Berufslosters von möglichst vielen Vereinen Aufträge zur Durchführung von Lottos einsammeln und diese Anlässe ihren «Stammkunden» mitzuteilen pflegen. Diese Kunden zögen dann in ihrer Freizeit von Lotto zu Lotto und nähmen hiezu weite Anfahrtswege in Kauf. Die erhöhte Anziehungskraft von berufsmässigen Lottiers geleiteten Lottospielen und die damit zusammenhängende Häufung solcher Veranstaltungen fördern aber auch nach Ansicht des Bundesgerichtes die Spielleidenschaft. Solches einzuschränken entspricht indessen einem legitimen, durch Artikel 2, Absatz 2 des eidg. Lotterieggesetzes gedeckten Ziel und hält den Massstäben der Verfassung stand.

Dr. R. B.

Aus Kantonen und Gemeinden

Höhere Familienzulagen in der Waadt

Das zum letztenmal im Jahre 1972 revidierte Gesetz über die Familienzulagen wird einer neuen Prüfung unterzogen. Das Kantonsparlament wird im Herbst den Entwurf des Staatsrates behandeln, der die Erhöhung der Minimalzulage von Fr. 50.– auf Fr. 70.– pro Kind bis zum 16. Altersjahr vorsieht. Ausserdem sollen die Ausbildungszulagen von Fr. 90.– auf Fr. 110.– und die Geburtszulage von Fr. 200.– auf Fr. 300.– erhöht werden. Im Zuge dieser Revision soll die Kompetenz zur Anpassung der Familienzulagen neu der Exekutive übertragen werden.

Mitteilungen

Voranzeige: Studienreise nach Deutschland

Für diesen Herbst war für die Vorstandsmitglieder der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge und deren Mitarbeiter eine Studienreise nach Frankfurt a.M. geplant. Leider traf das Detailprogramm mit Verspätung ein, so dass die notwendigen Vorbereitungen nicht mehr rechtzeitig getroffen werden konnten. Eine Verschiebung wurde nötig, und zwar ist nun die Woche vom 3.–8. März 1980 vorgesehen.

Auf dem Programm stehen Besichtigungen verschiedener Institutionen wie:

- Sozialzentrum für alte Leute
- Werkstätte für Behinderte
- Berufliches Rehabilitationszentrum der Bundesanstalt für Arbeit
- Bildungs- und Pflegeheim für geistig behinderte Kinder
- Sozialstation Nordwest als Beispiel für die Frankfurter Organisationsform kombinierter dezentralisierter Sozialdienste
- Jugendstrafanstalt

Ausserdem sind verschiedene Vorträge und Informationsgespräche vorgesehen.

Die Kosten betragen ca. Fr. 150.– für die Reise Zürich–Frankfurt–Zürich und DM 50.– pro Tag für Unterkunft und Verpflegung im Hans-Muthesius-Haus in Frankfurt a. M.

Für detailliertere Angaben und allfällige Anmeldungen, die bis Ende November 1979 erfolgen müssten, wenden sich Interessierte bitte an das Vorstandsmitglied ihres Kantons.

W

Sozialversicherungsabkommen Schweiz – USA

Mit der Unterzeichnung des Sozialversicherungsabkommens mit Amerika am 17. Juli 1979 hat die Schweiz ihre 17. bilaterale Vereinbarung dieser Art getroffen. Dieses Vertragswerk wird vor allem den etwa 10 000 US-Bürgern in der Schweiz und den fast 30 000 Schweizern in den Vereinigten Staaten bedeutende Erleichterungen in der Sozialversicherung bringen. Bisher mussten sie, um die volle Versicherungsgarantie zu erhalten, ihre Beiträge in beiden Ländern entrichten; unter den neuen Vereinbarungen sind sie nur noch in einem der beiden Länder abgabepflichtig.

Bevor allerdings der Vertrag zur konkreten Anwendung kommen kann, müssen einerseits noch die technisch-administrativen Details und Abläufe besprochen werden, und andererseits muss das Vertragswerk vom US-Präsidenten dem Kongress zur Annahme vorgelegt werden.

Berichtigung

In Nr. 9/79 sind im 2. Teil des Briger Referates von Herrn Professor Dr. Bernhard Schnyder über die fürsorgerische Freiheitsentziehung die ersten vier Zeilen auf Seite 131 mit den ersten vier Zeilen von Seite 132 vertauscht worden. Wir bitten den Autor und die Leser um Entschuldigung.

Red.